

Verlierer Europa – die verpasste Chance der Europawahl

Roland Sturm

Das hätte ein eindrucksvolle Manifestation der Demokratie in Europa werden können: 342 Millionen EU-Bürger der gerade erweiterten Europäischen Union wählen ihr Parlament. In diesem Parlament sollte sich der Gestaltungswille von europäischen Volksvertretern manifestieren, die im vorausgegangenen Wahlkampf um die bestmöglichen Ideen für eine gesamteuropäische Zukunft in schwierigen Zeiten konkurrierten. Statt dessen aber: nichts als Tristesse. Keine Aufbruchstimmung, keine europäischen Themen im Wahlkampf und eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von 45,5%. Und in Rekordgeschwindigkeit wurde nach der Wahl zur nationalen politischen Tagesordnung zurückgegangen.

Ein solches Trauerspiel läßt sich selbstverständlich leicht schön reden. Etwa mit dem Vergleich zur Wahlbeteiligung in der Schweiz und den USA, zwei ohne Zweifel funktionierenden demokratischen Staaten. Oder mit dem Hinweis auf die systemtheoretisch angeleitete vergleichende Regierungslehre, die schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Nichtbeteiligung bei Wahlen mit der Systemzufriedenheit der Wähler gleichsetzte und diese Apathie deshalb für „funktional“ erklärte. Und schließlich ließe sich argumentieren, Deutschlands Wahlbeteiligung (43%) sei ja nahe am Durchschnitt und eigentlich ganz beachtlich verglichen mit der Slowakei (17%) und selbst den niederländischen Nachbarn (39,1%).

Merkwürdig nur, daß nicht nur die wissenschaftliche Literatur, sondern auch die öffentliche Debatte um ein „Europa der Bürger“ durchzogen ist von Klagen über das demokratische Defizit der EU, vom Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit und dem Bedauern darüber, daß die Bürger das Funktionieren der EU nicht verstehen und deren Institutionen nicht kennen. Die Bemühungen der politischen Bildung in diesem Zusammenhang sind aller Ehren wert. Und diese Zeitschrift darf sich in aller gebotenen Bescheidenheit auch bei diesem Thema als engagiert bezeichnen.

Ein Großereignis wie die Europawahl erregt aber zweifellos weit größere Aufmerksamkeit als noch so wohlgemeinte (und inzwischen politisch immer weniger unterstützte) politische Bildung. Damit werden Europawahlen zu einer der wichtigen Gelegenheiten, bei denen über die EU geredet und informiert werden kann, ja muß. Wenn nicht hier, wann sonst? Der Skandal dieser Europawahl ist, dass die Chance, über Europa zu reden, mit Füßen getreten wurde. Umstandslos, bis hin zur

Plakatierung der Parteien, die Landes- oder Bundespolitiker abbildete, die gar nicht zur Wahl standen, wurde die Europawahl in Deutschland zu einer nationalen Zwischenwahl deklariert. Die gleichen Politiker, die in Sonntagsreden die abnehmende Europabegeisterung der Deutschen bedauern, taten alles in ihrer Kraft stehende, um Europa gar nicht erst zum Gegenstand öffentlicher Debatten werden zu lassen.

Solche nationalen Machtspiele sind aus der Weltsicht deutscher Politiker nahelegend, denn sie definieren ihre politische und persönliche Zukunft weiterhin weitestgehend in nationalen Kategorien und Parteikarrieren. Sachlich ist eine solche Orientierung des politischen Diskurses immer weniger angemessen, ja für das Gemeinwohl schädlich. Wenn es stimmt, daß zwischen 60 und 80 Prozent der nationalen Gesetzgebung heute schon aus Brüssel kommt, ist es unverantwortlich, wenn die deutsche Politik samt den für den politischen Vermittlungsprozess zentralen deutschen Medien den Wählern vorgaukeln, nur in Berlin spiele die Musik. Diese Europawahl war ein negativer Höhepunkt der Kommunikation eines längst obsolet gewordenen politischen Selbstverständnisses. Es drängt sich deshalb auch die beunruhigende Frage auf, wie informiert sind denn unsere Politiker und Medien über die EU eigentlich?

Wir erleben ein Wahrnehmungsparadox: Je mehr in Brüssel entschieden wird, desto weniger wird bei Europawahlen darüber gesprochen. Da kann es nicht mehr verwundern, daß die EU von den Bürgern als Elitenkartell wahrgenommen wird und Bürgernähe gerade nicht entsteht. Aber auch diese Fehlentwicklung entlastet gelegentlich nationale Entscheidungsträger. Wenn die Bürger die Zusammenhänge nicht kennen und Politik schief geht, können leichter „die Brüsseler“ für solche politischen Entscheidungen verantwortlich gemacht werden, die genau genommen erst durch eigenes Zutun der nationalen Politik in die Gestaltungshoheit Europas gegeben wurden. Hier sei nur an die deutsche Kritik an der starren Haltung der Europäischen Kommission erinnert, als diese die Einhaltung der Maastrichter Defizitkriterien anmahnte.

Die deutschen Parteien – und nicht zuletzt die kleinsten unter ihnen – haben bei der Europawahl rational kalkuliert. Ziel war, angesichts ihrer Finanzkrise, minimaler Wahlkampfaufwand bei maximaler Inanspruchnahme der staatlichen Parteienfinanzierung. Man könnte fast versucht sein, bei der nächsten Wahl mitzumachen und auch eine wohlklingende Partei anzubieten. Die Rendite stimmt (übrigens auch für die extremistischen Parteien). Dank der öffentlichen Missachtung der Europawahl und daraus resultierender niedriger Wahlbeteiligung übersprangen in Deutschland 14 Parteien die Hürde von 0,5%. Von den meisten hatte der deutsche Wähler bisher so gut wie nichts gehört. Mit einem Einsatz von 35 000 Euro erhält beispielsweise die Tierschutzpartei (1,3%) eine Kostenerstattung von 220 000 Euro (nach: Frankfurter Rundschau, 16.6. 2004, S. 1). Die deutschen Parteien gehören also durchaus zu den Gewinnern der Europawahl.

Verlierer bleibt Europa. Das Argument, es hätte gar keine kontroversen Themen für die Europawahl gegeben, ist unzutreffend, um nicht zu sagen unverschämt, insbesondere, wenn es von Regierungsvertretern kommt, die gerade letzte Hand an einen Verfassungsvertrag für Europa legen. Eine Verfassung für Europa, die Europa dem Bürger näher bringen soll, müsste diesen wohl etwas angehen. Das Wort Verfassung besagt eigentlich viel mehr. Aber selbst die merkwürdige Vorstellung, dass eine Verfassung nicht von den Bürgern selbst beschlossen wird, sondern an sie

„von oben“ herangetragen werden soll, hätte Konsequenzen für die Europawahl haben müssen. Viele Punkte des Verfassungsvertrags waren zum Zeitpunkt der Europawahl noch kontrovers. Warum konnte darüber nicht gesprochen werden?

Zu kompliziert, lautet das typische Elitenargument, das übrigens meist zirkulär ist. Man redet in der politischen Kommunikation nicht über die EU, weil sie zu schwer zu verstehen ist, und sie bleibt zu schwer zu verstehen, weil man nicht über sie redet. Was aber ist mit dem fertigen Produkt. Warum haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU just eine Woche nach der Europawahl auf den Verfassungsvertrag geeinigt und nicht eine oder mehrere Wochen vorher. Der Europawahlkampf wäre doch der ideale Ort gewesen, für die Unterstützung des Verfassungsvertrages beim Bürger zu werben bzw. diesen und damit das europäische Entscheidungsgefüge zu vermitteln und auch kontroverse Meinungen zu Wort kommen zu lassen.

Abgesehen vom Verfassungsvertrag hätten die deutschen Parteien auch anderweitig ausreichend Stoff für europapolitische Kontroversen gehabt. Statt über die Agenda 2010 zu streiten, die nicht zur Wahl stand, oder über das ebenfalls für die Europawahl irrelevante Zuwanderungsgesetz, hätten sie sich den Fragen der Zukunft des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes, der zukünftigen Grenzen der EU und ihres politisch-kulturellen Selbstverständnisses oder auch der Reform der Agrar- und Strukturpolitik im parteipolitischen Streit widmen können.

Europa hat leider nicht nur in Deutschland bei der Europawahl verloren, sondern in der gesamten EU. Überall wurden die Europawahlen verdrängt, mit der aus EU-Sicht wenig beruhigenden Ausnahme derjenigen Länder, in denen Parteien den Austritt ihres Landes aus der EU zum Gegenstand der Wahlentscheidung zu machen versuchten. Überall in Europa erhebt sich wieder das garstige Haupt des blanken nationalen Egoismus, der nationalstaatlichen Machtpolitik und wenn es ganz schlimm kommt, des Nationalismus. Die EU mag heute institutionell sehr viel weiter sein als am Anfang der europäischen Integration. Nachgelassen hat aber gerade bei den bei der Europawahl als *quantité négligeable* angesehenen Bürgern die Europabegeisterung und das Bewusstsein, im gleichen europäischen Boot zu sitzen.

Ein Schlag ins Gesicht europäischer Gemeinsamkeit versetzte zu guter Letzt noch die niederländische Regierung mit der vorzeitigen Bekanntgabe der niederländischen Europawahlergebnisse. Damit wurde auch noch die Symbolik der gemeinsamen Wahlen zu einem gemeinsamen Parlament zerstört, das sich mit der Bekanntgabe der Wahlergebnisse, nachdem alle gewählt haben, verbindet. Die Niederlande brachen umstandslos den von ihnen unterzeichneten Rechtsakt vom 20. September 1976, dessen Artikel 9 (2) lautet: „Mit der Ermittlung des Wahlergebnisses darf erst begonnen werden, wenn die Wahl in dem Mitgliedstaat, dessen Wähler innerhalb des in Absatz 1 genannten Zeitraumes (Donnerstagmorgen bis nachfolgender Sonntag, R.S.) als letzte wählen, abgeschlossen ist.“

Der Verfassungsvertrag beschert nun den Europäern ein Riesenparlament mit 750 Abgeordneten. Es ist aber kein Parlament, das in seiner politischen Rolle vergleichbar wäre mit den Parlamenten, die der EU-Bürger von sich zuhause kennt. Es bleibt eingebunden in europäische Institutionen mit dem Gesetzesinitiativrecht bei der Europäischen Kommission und Gesetzgebungsbefugnis auch des Ministerrats. Klingt kompliziert? Man sollte das mal erklären? Vielleicht in fünf Jahren bei der nächsten Europawahl.

